



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24681 - 33  
Fernschreiber 0685690

P/XIII/253 - 6. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Rapacki-Vorschläge und NATO-Planung Skandinavische Überlegungen	60
3 - 4	Die KP Dänemarks im Niedergang Satyrspiel um Aksel Larsen	58
5	Privilegien-Panik Angst vor dem Fortschritt?	56
6	Mehr Unterstützung für Berlin! 60 000 Arbeitslose brauchen Hilfe	50
7	Die USA-Gewerkschafter und der Sieg der Demokraten Gewerkschaftsfeindliche Politik der Republikaner wurde verurteilt	27
7	Im Blick auf Genf Immer stärkere radioaktive Verunreinigung der Luft	21

\* \* \*

\* \* \*

Rapacki-Vorschläge und NATO-Planung

sp - Nach der Abreise des polnischen Außenministers Rapacki aus Oslo steht im Mittelpunkt der militärpolitischen Erörterungen interessierter Kreise der norwegischen Hauptstadt der Besuch des Staatssekretärs vom Bundesverteidigungsministerium in Bonn, Dr. Rust. Man überlegt, ob die fast gleichzeitige Anwesenheit Rapackis und Dr. Rusts in Oslo im Zusammenhang steht und wirft hierbei folgende Fragen auf:

1. Welche militärpolitische Struktur soll es im nördlichen Bereich der NATO im Zusammenhang mit dem deutsch-dänischen Flottenkommando geben, das vom NATO-Planungsstab in Kiel-Holtenau vorgeschlagen worden ist?

2. Welche Struktur wird ein fortentwickelter Rapacki-Plan über eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa im Ostseeraum erhalten können?

Beide Fragen werden in den Außenministerien in Skandinavien durchaus im Zusammenhang gesehen und erörtert. Nach außen ist lediglich gedrungen, daß Staatssekretär Dr. Rust in Norwegen Rüstungsanlagen besichtigt hat. Es ist aber nicht verborgen geblieben, daß er auch in Erfahrung zu bringen suchte, welche Auffassung die militärischen Experten in Skandinavien zu einem erweiterten Rapacki-Plan haben. Die Besuche von Rust und Rapacki fallen zusammen mit der Herausgabe einer militärfachlichen Studie des NATO-Planungsstabes in Kiel, ein deutsch-dänisches Flottenkommando mit weitgehender Integration der Bundes- und der königlich-dänischen Regierung zu schaffen, und zwar zur besseren Verteidigung der Beltausgänge.

Hier ist es nun so, daß das Bundesverteidigungsministerium und die deutschen Militärs in den hohen NATO-Stäben dahin tendieren, dieses Kommando dem NATO-Abschnitt Mitte in Paris Fontainebleau direkt

zu unterstellen. Dieser Wunsch, der sich offenbar mit den Auffassungen der "robusteren" Militärmächte der NATO deckt, hat bei den "ausgleichenderen" Skandinaviern, den Dänen und den Norwegern, Überraschung hervorgerufen. Sie möchten den Sitz des neuen, hohen und selbständigen deutsch-dänischen Flottenkommandos im Bereich der NATO-Nord und am liebsten in Kopenhagen sehen. Das geschieht unausgesprochen auch vor dem Hintergrund eines weiterentwickelten Rapacki-Planes.

Aus dem gemeinsamen Kommuniqué des polnischen Außenministers Rapacki und des norwegischen Außenministers Lange ist nämlich zu entnehmen, daß Norwegen möglicherweise einen revidierten Rapacki-Plan in der UNO unterstützen wird, wenn eine atomwaffenfreie Zone in Europa durch eine Kürzung der konventionellen Streitkräfte ergänzt wird. Dieser Plan ist jetzt überraschenderweise von der Sowjetunion aufgegriffen worden und soll auf der am 10. November in Genf beginnenden Experten-Konferenz über Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen vorgelegt werden. Und mit diesem Plan will die Sowjetunion den Rapacki-Plan für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa mit einer Verminderung der herkömmlichen Streitkräfte verbinden.

Es ist seit Bestehen der NATO der erklärte Wunsch der Skandinavier, die nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft mit wirtschaftlicher und kultureller Förderung zwischen den beteiligten Staaten zu verbinden. Es ist ebenso ihr Wunsch, Teile des militärischen Schutzbündnisses dazu zu lockern, wenn die östlichen Ostseeanlieger bereit sind, ihr militärisches Übergewicht zu reduzieren. Sie möchten deshalb auf alle Fälle neuzuschaffende NATO-Befehlsstellen in ihrem Bereich sehen.

Die Skandinavier wissen, daß eine Reduzierung der Rüstungen und eine Bannung der atomaren Gefahren auch in einem begrenzten Gebiet der Erde hier eine beweglichere Außenpolitik ermöglicht, an der sie aus den verschiedensten Gründen starkes Interesse haben.

Die KP Dänemarks im Niedergang

ma. - Wohl selten hat ein kommunistischer Führer soviel bei-  
sende Selbstironie und Mut zur Öffentlichkeit besessen, wie der  
Vorsitzende der Kommunistischen Partei Dänemarks und der kommuni-  
stischen Fraktion im Kopenhagener Folketing, Aksel Larsen. Unmit-  
telbar vor den Beratungen im Dänischen Reichstag am 22. Oktober  
ließ sich Aksel Larsen im bekannten Kopenhagener Aveny-Theater von  
dem berühmten Revueschauspieler Osvald Helmuth in der Rolle des  
Scharfrichters den Strick um den Hals legen und nach der Vorstel-  
lung sogar photographieren. Diese Photographien haben in der dä-  
nischen Öffentlichkeit nicht nur einen Sturm des Gelächters bei den  
Nicht-Kommunisten hervorgerufen, sondern auch ein bezeichnendes  
Schlaglicht auf die innere Krise der kommunistischen Partei Däne-  
marks geworfen.

Bereits vor der "symbolischen Aufknüpfung" von Larsen war  
bekannt geworden, daß man ihn seitens der "Chruschtschow-Treuen"  
Kommunisten im Folketing nicht mehr zu Wort kommen lassen wollte,  
sondern den doktrinären Kommunisten und Abgeordneten Fugleang als  
Sprecher vorgesehen hatte. Nach der Varieté-Groteske mußte Larsen  
sogar wegen "unwürdigen Auftretens" Urlaub nehmen und ward im Par-  
lament nicht mehr gesehen. Auf eine zementsprechende Frage sagte  
Fugleang dann auch am 22. Oktober im Folketing: "Was das geehrte  
Mitglied, Herrn Aksel Larsen, angeht, so wird seine Anwesenheit  
oder Nicht-Anwesenheit ausschließlich von unserer Partei bestimmt,  
und ich muß daran festhalten, daß das eine Angelegenheit ist, die  
nur unsere Partei angeht".

Aksel Larsen und mit ihm Professor Mogens Fog gelten als kom-  
munistische Funktionäre, die auch in den vergangenen Jahren nicht  
bereit waren, den wechselnden "Linienbefehlen" aus Moskau zu ge-

horchen.

Larsen lehnte bereits im letzten Sommer ein Memorandum ab, durch welches Tito verdammt werden sollte. Aber auch Larsen hat den Rückgang der Kommunisten in Dänemark (wo ein sehr liberales politisches Klima herrscht und nicht mit Verböten umgegangen wird) nicht aufhalten können. Am 3. Oktober 1945 erhielten die Kommunisten noch 255.000 Stimmen und zogen mit 18 von 149 Mandaten ins Folketing ein. Am 22. September 1955 brachten sie es nur noch auf 94 000 Stimmen und acht von 179 Sitzen.

Kun hat er vergangenen Wochenende der Kongreß der kommunistischen Partei Dänemarks getagt. Obwohl man Larsen des "Revisionismus und Titoismus" beschuldigte, wurde er nicht ausgeschlossen. Man entzog ihm lediglich seiner Funktionen als Vorsitzender der kommunistischen Partei Dänemarks und als Sprecher der kommunistischen Parlamentsfraktion. Das heißt, man nahm eine "Degradation" vor, und versetzte Larsen in den "Stand des einfachen Mitgliedes".

Diese Entscheidung ist umso merkwürdiger, als an dem Kongreß Vertreter von kommunistischen Parteien aus 16 Ländern teilnahmen; unter ihnen sogar der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, T. M. Pospelow.

Die weitere Entwicklung der kommunistischen Partei Dänemarks ist nicht schwer zu erraten. Auf dem Kongreß wurde bekannt, daß hunderte von Mitgliedern ausgetreten sind und daß der seit langem in Gang befindliche Zersetzungsprozeß weitergeht. Ob Larsen sich mit der ihm zugedachten Rolle abfinden wird, steht noch nicht fest. In Kopenhagen wird behauptet, er habe bereits mit dem Vorsitzenden der allerdings unbedeutenden links orientierten sozialistischen Partei, Storgaard, Fühlung aufgenommen. Wie es heißt, soll Larsen die Gründung einer von den Kommunisten und Sozialdemokraten unabhängigen "Arbeiterpartei" planen, der man allerdings keine großen Chancen gibt.

+ + +

Privilegien - Panik

H. E. Eines der aufschlußreichsten Argumente gegen die in der Materialsammlung "Die Zukunft meistern!" veröffentlichten sozialdemokratischen Förderungs-Vorschläge für das Bundesdeutsche Bildungswesen ist die Behauptung, der im "Plan Z" geforderte forcierte Ausbau des "Zweiten bzw. Dritten Bildungsweges" bedeute "die Depossedierung des Gymnasiums."

Interessant an dieser Behauptung ist, daß die "Depossedierung", die Entrechtung des Gymnasiums nicht durch die - gleichfalls in dem Arbeitsmaterial "Die Zukunft meistern!" enthaltenen - Reformvorschläge des allgemeinbildenden Schulwesens befürchtet wird, wie zu erwarten wäre, sondern ausgerechnet durch den von sozialdemokratischer Seite nachdrücklich geforderten Ausbau des Zweiten und Dritten Bildungsweges.

Dazu muß erläutert werden, daß es sich bei den Bezeichnungen "Zweiter und Dritter Bildungsweg" sozusagen um "Kultusministerielle Arbeitstitel" für alle jene Bestrebungen handelt, deren Ziel es ist, Jugendlichen und Erwachsenen Möglichkeiten der Weiterbildung zu erschließen, einer Bildung, die ihnen im Rahmen des normalen Schulausgangsganges aus irgendwelchen Gründen nicht vermittelt werden konnte. Es handelt sich also um die Ausbildungs-Förderung eines Personenkreises, der n i c h t von den Gymnasien erfaßt wird. Sei es, daß diese Menschen sich der - nur in der Bundesrepublik noch üblichen! - punktuellen Auslese im zehnten Lebensjahre nicht gewachsen zeigten, sei es, daß soziale Schwierigkeiten oder irgendwelche anderen Hemmnisse ihnen den normalen Übergang von der Grundschule zu den mittleren und höheren Schulen unmöglich machten - mit dem Zweiten und Dritten Bildungsweg soll jedenfalls j e d e m die Chance gewahrt bleiben, irgendwann im Leben noch immer das seinen Fähigkeiten entsprechende Bildungs-Niveau zu erreichen.

Es liegt auf der Hand, daß nur d e r in diesen begrüßenswerten Bestrebungen eine "Depossedierung des Gymnasiums" erblicken kann, der aus rückwärtlicher Geisteshaltung eine Zementierung des derzeitigen unsinnigen Berechtigungswesens wünscht, d. h. eine Aufrechterhaltung aller der mit der Absolvierung höherer Schulen verbundenen Privilegien im späteren Berufsleben. Hier befürchten gewisse Kreise in Wahrheit nicht die "Depossedierung des Gymnasiums", sondern die Gefährdung der Exklusivität der Gymnasial-Ausbildung - das ist des Pudels Kern!

Ist dies etwa auch eine der "Grenzen des sozialen Rechtsstaates", die wir laut Kieler CDU-Parteitag erreicht haben?

Mehr. Unterstützung für Berlin!

K.J. Die Auftragslage für die westberliner Wirtschaft hat sich zwar gebessert, aber die Insellage der Stadt verhindert das Nachziehen an die Konjunktur der Bundesrepublik. In Westberlin sind sechs Prozent der Einwohner arbeitslos - im Bundesgebiet nur 1,7 Prozent.

Experten der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung sollen nun nach Berlin geschickt werden, um zu prüfen, was für die 24 500 arbeitslosen Männer und die 35 400 Frauen getan werden kann. Erst geht es einmal um eine Art Bestandsaufnahme - dann aber sollen energische Hilfsmassnahmen einsetzen. Man denkt dabei an Umschulungsmassnahmen, auch an Vermittlung ins Bundesgebiet. Wird das Unternehmen die gewünschten Erfolge bringen? Und ist das die Hauptsache?

Wie es heisst, will die Arbeitsverwaltung mit einer Reihe westdeutscher Unternehmer sprechen, um sie dafür zu gewinnen, Zweigbetriebe in Berlin zu errichten. Das wäre ohne Frage die beste Hilfe für die Hauptstadt. Baden-Württemberg, dessen Wirtschaftssituation besonders günstig liegt, sollte hier eine Bresche in die Vorurteile und Ängstlichkeiten schlagen, die viele Unternehmer davon abhalten, Produktionsstätten in Berlin zu eröffnen. Mit Genugtuung darf man feststellen, dass das Berlin-Werben der Politiker streckenweise bei der Wirtschaft auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Aber es genügt noch nicht. Die Insellage Berlins schreckt zu viele. Der Transportweg ist ihnen zu weit, ermässigte Frachttarife kompensieren nicht die Besorgnisse. Zweifellos müsste hier vom Bund viel mehr getan werden, um das Berlin-Geschäft für die Unternehmer attraktiver zu machen. Viele fragen sich: Was soll werden, wenn vielleicht eines Tages die Zonenregierung Berlin wieder blockiert? Sollen wir ein solches Risiko eingehen?

Es ist sicher ein heikles Unterfangen, wollte man nur an das Nationalgefühl der Unternehmer appellieren, an die Einsicht in die Notwendigkeit, die alte Hauptstadt auch wirtschaftlich stark zu machen. Die Bundesregierung muss sich hier nachdrücklicher mit Hilfsmassnahmen einschalten. Die Subventionen rentieren sich. Und natürlich muss man den Unternehmern mehr Mut und Unternehmungslust wünschen. Berlin wird in dem Masse "sicher" sein, wie wir es auch wirtschaftlich stark machen.

60 000 Arbeitslose in Berlin - das ist zuviel. Die Bundesregierung hat freilich den Unternehmern, die sich in Berlin ansiedeln sollen, ein schlechtes Beispiel gegeben: ihre Weigerung, Ministerien nach Berlin zu verlegen, macht die Wirtschaft gewiss nicht mutiger.

Die USA-Gewerkschaften und der Sieg der Demokraten

sp - Viele Gründe haben zu dem großen Sieg der Demokraten über die republikanische Partei bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten beigetragen. Einer der wichtigsten waren die scharfen Angriffe der Republikaner und Präsident Eisenhowers gegen die Gewerkschaften. Die Eisenhower-Regierung hat in den vergangenen Jahren wiederholt versucht, durch die Einbringung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze sich die Sympathien des amerikanischen Großkapitals zu erwerben - sie gewann zwar deren Sympathie, verlor aber, wie der Wahlausgang beweist, die Unterstützung der Massen. Die große Mehrheit des amerikanischen Volkes folgte nicht dem gewerkschaftsfeindlichen Kurs der Regierung; sie hat wohl erkannt, welche große Bedeutung gerade den Gewerkschaften als Träger und Beschützer des sozialen Fortschritts in Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge zukommt. Es gibt derzeit in den USA etwa fünf bis sechs Millionen Arbeitslose, was für manche Scharfmacher unter den Unternehmern eine Versuchung ist, die Löhne der gesamten Arbeitnehmerschaft herunterzudrücken. Nur durch starke Gewerkschaften können sie daran gehindert werden. Die Demokraten als die Partei der kleinen Leute stellten sich schützend vor die organisierten Arbeitnehmer. Sie führen nicht schlecht dabei, dieses Verhalten brachte ihnen einen der größten Siege in ihrer Geschichte ein.

In der Bundesrepublik gibt es starke Kräfte auf Unternehmersseite, die die Gewerkschaften zur Bedeutungslosigkeit verurteilen möchten. Sie vertreten den Herr-im-Hause-Standpunkt und möchten am liebsten die organisierte Arbeitnehmerschaft als einen in Wirtschaft und Gesellschaft mitbestimmenden Faktor ausschalten. Wird diesen Rückschrittlern, denen das Verständnis für das Funktionieren der modernen Industrie-Gesellschaft fehlt, das Ergebnis der amerikanischen Wahlen eine Lehre und Warnung sein?

+ + +

Im Blick auf Genf

sp - Die Meldungen über eine erhöhte Radioaktivität der Luft häufen sich. Auch über der Bundesrepublik und Berlin ist die Radioaktivität gestiegen, und in den skandinavischen Ländern ist nach den Beobachtungen von Wissenschaftlern das Regenwasser so radioaktiv geworden, daß eine gewisse Gefahr gegeben wäre, falls man Regenwasser als Trinkwasser verwenden würde. Die fortschreitende Verseuchung der Luft mit deren noch unbekannten Gefahren für die Gesundheit der Menschheit hat erst dieser Tage den Bürgermeister von Los Alamos zu einem Alarmruf bewogen - jener Stadt an Rande der Wüste Nevada, in der bis noch vor kurzen laufend nukleare Testexplosionen stattfanden. Norwegen ist so beunruhigt, daß seine Regierung daran denkt, die Frage der Radioaktivität in der Plenarversammlung des Nordischen Rates beraten zu lassen.

Die Gefahr der fortschreitenden Verseuchung der Luft sollte für die Teilnehmer der Genfer Konferenz ein doppelter Ansporn sein, dieser Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. Wer immer auch sich weigert, nukleare Testexplosionen einzustellen, belädt sich vor der ganzen Menschheit mit untilgbarer Schuld. Der Zeitpunkt ist erreicht, wo Propagandaschlachten um diese Existenzfrage nicht mehr zu verantworten sind. Die Beobachtungen und Mahnungen der Wissenschaftler drängen zur Eile, denn es geht ja nicht mehr oder nicht ausschließlich um bessere Machtpositionen, es geht jetzt um die Zukunft des Menschengeschlechtes.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel





# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21834 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/254 - 7. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Chancen der Genfer Konferenzen Entspannungspolitik ist Voraussetzung für den Erfolg	43
2 - 4	Die Situation in den Zonenrandgebieten Von Hans-Jürgen Jungkars, MdB. Salzgirter	150
5 - 6	Vom Zarenreich zur Sowjetunion Ein Regimewechsel, der Weltgeschichte machte	104
7	Aus österreichischen Archiven lernen! Aussenminister Figl gibt wertvolle Hinweise	49

\* \* \*  
\* \* \*

### Chancen der Genfer Konferenzen

sp - In die zur Zeit in Genf stattfindende Ost-West-Konferenz über den Stopp von Atomwaffenversuchen wird sich ab Montag nächster Woche eine zweite Konferenz "einschieben", deren Ziel es ist, Massnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen festzulegen. Wenn auch die Experten in Genf behaupten, die beiden Konferenzen hätten nichts miteinander zu tun, so lassen sie sich doch nicht voneinander trennen.

Der Stopp von Atomwaffenversuchen und die Verhinderung von Überraschungsangriffen sind praktisch nur durchführbar und politisch nur vertretbar, wenn sich die Verhandlungspartner über ein internationales Kontrollsystem einigen können. Dieses Kontrollsystem ist gleichermaßen bedeutungsvoll für die Kontrolle eventuell im Geheimen durchgeführter Atomwaffenversuche, wie auch für die Kontrolle der Abschussbasen von interkontinentalen Raketen. Um diese geht es bei der am 10. November beginnenden zweiten Expertekonferenz.

Gewiss bestehen einige Unterschiede zwischen den beiden Fragenkomplexen. Im ersten Falle - bei der internationalen Kontrolle von Atomwaffenversuchen - liegen bereits wissenschaftliche Gutachten darüber vor, dass man auf Tausende von Kilometern Entfernung jedes Vergehen gegen eine Stopp-Vereinbarung kontrollieren kann. Im zweiten Falle dagegen muss geklärt werden, ob die Vorbereitungen zu Überraschungsangriffen mit interkontinentalen Raketen kontrollfähig sind.

Nach den bisher bekannt gewordenen Expertengutachten bedarf es bei einem beabsichtigten Einsatz von interkontinentalen Raketen langwieriger und umfangreicher Vorbereitungen. Die Verhinderung des Einsatzes dieser interkontinentalen Raketen wäre also gleichbedeutend mit der Zustimmung aller Verhandlungspartner, gerade diese Vorbereitungen beim vermeintlichen Gegner an Ort und Stelle zu kontrollieren.

Es ist sehr schwer zu sagen, wie gross die Bereitschaft der Verhandlungspartner aus Ost und West ist, die gegenseitige Kontrolle tatsächlich zu akzeptieren. Vermutlich wird man auf beiden Seiten eine Zustimmung von politischen Kompromissen abhängig machen, von Kompromissen, die weniger im rein Militärischen zu suchen sind.

Dadurch werden beide Genfer Konferenzen, die ab Montag nächster Woche parallel zueinander verlaufen, und die dem äusseren Anschein nach militärtechnische Verhandlungen zur Grundlage haben, in ihren Erfolgchancen danach beurteilt werden müssen, ob sie in eine auf der politischen Ebene anzustrebende Atmosphäre der allgemeinen Entspannung einmünden können. Damit ist auch für die deutsche Politik wieder das Thema "Entspannung" gegeben. Denn wenn hier bei uns in Deutschland, das heisst in Europa, die militärische Blockpolitik auch weiterhin sogenannter unabänderlicher Bestandteil des politischen Handelns bleibt, dürften die Genfer Konferenzen zum Scheitern verurteilt sein.

## Die Situation in den Zonenrandgebieten

Von Hans-Jürgen Jungkans, MdB, Solzgitter

Immer noch zerschneidet die ursprünglich als Demarkationslinie geachtete Zonengrenze gewachsene Wirtschaftsräume und alte traditionelle Austauschbeziehungen. Die politische Trennung Deutschlands bedeutet nach wie vor die Unterbrechung von Verkehrs- und Warenströmen und den Verlust von Handelsplätzen und Absatzräumen im östlichen Teil Deutschlands.

Wenn wir heute anhand der Tatsachen Bilanz ziehen, was sich strukturell in den 13 Jahren seit 1945 geändert hat, so kommen wir zu einem erschütternden Ergebnis. Trotz aller Betuerungen über die Notwendigkeit eines "Schaufensters" gegenüber dem östlichen Machtbereich ist es nicht gelungen, die allzähliche Verödung und Schrumpfung des Wirtschaftsraumes in den Zonenrandgebieten zu stoppen. Zwar sind seit 1954 insgesamt 490 Millionen DM als Bundeshilfe in die Zonenrandgebiete geflossen; etwa die gleichen Beträge haben die Länder zur Verfügung gestellt. Doch haben diese Hilfen es bisher nicht vermocht, einen entscheidenden Wandel in den Zonenrandgebieten herbeizuführen.

Es sei daran erinnert, daß erst auf Grund zahlreicher sozialdemokratischer Initiativen im Bundestag die Bundesregierung zu entsprechenden Hilfsmaßnahmen gedrängt wurde. Durch das Herausbrechen wichtiger Teile der bisher vorgeschlagenen Maßnahmen durch Zersplitterung in punktuelle Hilfen und durch das Fehlen eines einheitlichen Strukturprogramms zur Raumordnung im Zonenrandgebiet sind alle diese Mittel im Hinblick auf eine Besandung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Stabilisierung der sozialen und kulturellen Verhältnisse praktisch wirkungslos geblieben.

### Folgen von Verdünnissen

Die Abwanderung von über 400 000 Arbeitskräften seit 1950 aus dem Zonenrandgebiet, vorwiegend jüngerer Arbeitskräfte, hat die Zonenrandgebiete in bedenklicher Weise passiv saniert. Die sogenannte Binnenumsiedlung aus den mit Vertriebenen überbesetzten Zonenrandgebieten hat auch über 140 000 Einheimische, vor allem jüngere Facharbeiter, bewogen, die Zonenrandgebiete zu verlassen. Die Arbeitslosenquoten sind seit 1950 bis heute immer doppelt so hoch geblieben wie im Bundesdurchschnitt. So belief die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik im März 1958 5,7%, in den Zonengrenzländern Schleswig-Holstein 9,2%, in Niedersachsen 8,5%, in Hessen 6,0% und in Bayern 10,2%, wobei erfahrungsgemäß in den eigentlichen Zonenrandgebieten diese Quoten noch um 1,5 bis 2% höher als in diesen Ländern liegen. Nicht ganz uninteressant ist hierbei, daß das Land Hessen, wo die Sozialdemokratie seit acht Jahren die führende Regierungspartei ist, am günstigsten abschneidet. Dasselbe gilt auch für den Grad der verhärteten Arbeitslosigkeit, der allein in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt liegt, während er in den anderen Zonengrenzländern erheblich darüber liegt. Das sind die günstigen Auswirkungen durch den sogenannten Hessenplan.

Ganz besonders hart betroffen ist der weibliche Teil der Bevölkerung im Zonenrandgebiet, denn immer noch liegen hier die Arbeitsquoten 3 bis 4mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Für die Jugend im Zonenrandgebiet bestehen nur unzulängliche Möglichkeiten für ihre berufliche Ausbildung. Das Lehrstellenangebot ist einseitig, und die Weiterbildungsmöglichkeiten sind durch den Mangel an Berufs- und Fachschulen und Berufsschullehrern außerordentlich schwierig. Für die weibliche Jugend ist die Situation noch sehr viel kritischer; in den Jahren 1956/57 kamen auf ein Lehrstellenangebot 3 Bewerberinnen.